

**Annoncen-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Willemsstr. 17)  
bei C. H. Altkirch & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in L. eferitz bei Ph. Matthias.

Mittag-Ausgabe.

# Posener Zeitung.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. F. Pöhlke & Co.,  
Haaftenstein & Vogler,  
Rudolph Möller.  
In Berlin, Dresden, Göttingen  
beim „Invalidenbank“.

Nr. 767.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 1. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petzelle ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Amstliches.

Berlin, 30. Oktober. Der König hat geruht: den Regierungsrath Eggert in Erfurt zum stellvertretenden Verwaltungsmitgliede des Bezirksverwaltungsgerichts zu ernennen; ferner dem Regierungsrath Eggert in Erfurt die Dauer seines Hauptamtes am Sitz des letzteren, die Gerichts-Äffessoren Gerlach in Schlochau und Dr. Mantewicz zu Amtsrathern zu ernennen; sowie dem Regierungsrath Eggert in Erfurt die Dauer seines Hauptamtes am Sitz des letzteren, die Gerichts-Äffessoren Gerlach in Schlochau und Dr. Mantewicz zu Amtsrathern zu ernennen; sowie dem Regierungsrath Eggert in Erfurt die Dauer seines Hauptamtes am Sitz des letzteren, die Gerichts-Äffessoren Gerlach in Schlochau und Dr. Mantewicz zu Amtsrathern zu ernennen.

Verfetzt sind: der Amtsgerichts-Rath Muffet in Rastatt als Landgerichts-Rath an das Landgericht in Limburg a. d. L. und der Amtsrichter Wiener in Lahn als Landrichter an das Landgericht in Wiesbaden. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist erteilt: dem Amtsgerichts-Rath Staud in Lennep, dem Amtsrichter Dr. Meisner mit Pension und dem Amtsrichter Samann in Lennep. Uebertritt zur allgemeinen Staatsverwaltung. Dem Rechtsanwalt und Notar Jülicher in Sommerfeld ist in seiner Eigenschaft als Notar vom 15. November d. J. ab der Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Breslau als Amtsbevollmächtigter und der Wohnsitz in Ratibor angewiesen. In der Liste der Rechtsanwältinnen sind folgende eingetragen: der Rechtsanwältin Schrage in Thorn bei dem Landgericht daselbst und der Rechtsanwältin Fischer in Neisse bei dem Landgericht daselbst. In die Liste der Rechtsanwältinnen sind eingetragen: der Rechtsanwältin Fischer in Neisse bei dem Landgericht in Neustadt, der Rechtsanwältin und Notar Geißler in Frankfurt a. M. bei dem Amtsgericht daselbst, der Gerichts-Äffessor Saurmünster bei dem Amtsgericht in Schildberg, der Gerichts-Äffessor Göttinger und der Gerichts-Äffessor Dubelmann bei dem Landgericht in Köln, der Gerichts-Äffessor Gremer und der Gerichts-Äffessor Jüngling bei dem Amtsgericht in Neuf, der Gerichts-Äffessor Braun bei dem Amtsgericht in Weiskensfeld und der Regierungs-Äffessor a. D. Schaub bei dem Landgericht in Duisburg. Der Notar Dr. Frölich in Hannover ist gestorben.

Durch Verfügung des Kriegsministeriums vom 23. Oktober cr. ist der Dr. Beck, Lehrer beim Kadettenhaus zu Bensberg, zum Oberlehrer beim Kadettenhaus ernannt worden.

Der bisherige Berginspektor, Bergassessor Schanz ist unter Beilegung des Charakters als Bergmeister zum Bergverwalter ernannt und mit der Verwaltung des Bergreviers Zeis betraut worden.

Der König hat geruht: dem Beigeordneten, Rentier Pirchberg zu Kragau im Kreis Obornik, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse und dem Schullehrer Herberg zu Grätz im Kreis Bist. den Adler der Inhaber des königl. Hausordens von Hohenzollern zu verleihen.

## Politische Uebersicht.

Posen, 1. November.

In den ersten Zeitartikeln unserer Sonntagsnummer „Die Kreisordnung für Posen“ hat sich ein den Sinn gerade umkehrender Druckfehler eingeschlichen. Am Schlusse des dritten Absatzes heißt es nämlich:

„Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Regierung, daß insbesondere der Minister des Innern diesen, wie uns scheint, durchschlagenden Einwand berücksichtigen und nicht auf einer Forderung bestehen werde, deren Bewilligung jeder Freund der Selbstverwaltung dem Scheitern des Gesetzesentwurfes vorziehen müßte.“

Statt „dem Scheitern“ ist natürlich „das Scheitern“ zu lesen.

Wie aus Hoffreien verlautet, ist Se. Maj. der Kaiser Franz Josef durch die Sendung des Grafen Brandenburg I. nach Troppau, die aus Anlaß der Anwesenheit Sr. Majestät in Oesterreichisch-Schlesien erfolgte, außerordentlich angenehm berührt und geradezu überrascht worden. Bei der ersten Audienz entschuldigte sich deshalb der Kaiser gegenüber dem Grafen Brandenburg, indem er scherzend darauf hinwies, daß er nicht einen einzigen preussischen Orden zur Hand und angelegt habe. Am nächsten Tage jedoch erschien Kaiser Franz Josef bei der Tafel in preussischer Uniform und mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens; Beides war auf telegraphische Anweisung sofort aus Wien nach Troppau gesendet worden. Graf Brandenburg hatte alsdann auf besonderen Wunsch des Kaisers noch eine Audienz bei Höchstbemselben, wobei Se. Majestät Veranlassung nahm, als den alleinigen Zweck der Unterredung die Bitte zu bezeichnen, Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm nochmals den herzlichsten und aufrichtigsten Dank für die ebenso freundliche als glänzende Aufnahme und die mannichfachen Günstbezeugungen auszusprechen, die dem Kronprinzen Rudolf während dessen letzter Anwesenheit in Berlin von Seiten des Kaisers, wie vom ganzen kaiserlichen Hofe erwiesen worden seien.

Unter den Vorlagen, welche dem Landtage bereits vorgegangen, findet sich die Denkschrift über den Nothstand in Oesterreichisch-Schlesien noch nicht vor. Es soll dies, wie man der „N. Z.“ schreibt, seinen Grund darin haben, daß man einerseits den Abgeordneten Gelegenheit geben wollte, sich mit den Verwaltungsbehörden vertraut zu machen, während andererseits es wünschenswerth erschien, einige Punkte der Denkschrift einer noch mäßigen Erwägung zu unterziehen. Inzwischen wird bestätigt, so weiterweit über den Hauptinhalt der Denkschrift mitgeteilt

worden ist, d. h. daß Bodenverbesserung und eine Erweiterung der Verkehrswege durch Anlage von Eisenbahnen Hauptmittel sind, welche zur systematischen Fernhaltung von Nothständen vorgebracht werden. Mit der Denkschrift werden dem Landtage die fertiggestellten Eisenbahnprojekte nebst Kostenanschlägen zugehen. Es ist vorauszufragen, daß den wie weit auch gehenden Absichten der Regierung von keiner Seite des Hauses irgend welcher Widerspruch entgegengetreten möchte; möglich, daß hier und da ein weitergehender Antrag eingebracht wird. Jedenfalls wird man für schnellste Erledigung sorgen.

Ihre Betrachtung über die Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus schließt die „Germania“ mit folgenden Worten:

Wir nehmen die angebliche „Niederlage des Zentrums“ mit vielem Gleichmuth hin, wenngleich wir die Entrüstung des Zentrums über die Unzuverlässigkeit eines Theils der Konservativen für vollberechtigt halten. Nicht das Zentrum, sondern die Konservativen werden die Kosten des gestrigen Wahlkampfes zu tragen haben und noch recht oft Gelegenheit finden, die Thorheit zu bereuen, die sie zu Verheugungen geriebener Intriquanten machte. Das Zentrum fühlt sich weder „geschlagen“ noch „vernichtet“; die Verhandlungen des Landtages werden seine Lebensfähigkeit und seine Energie befeuern, und im Landtag wie im Reichstag werden die Regierung und die gegnerischen Parteien oft genug genöthigt sein, mit dem nun angeblich „niedergeworfenen“ Zentrum zu rechnen. Eben so wenig wie die Fraktion des Zentrums wird die Zentrumsparthei im Lande durch den gestrigen Vorgang sich entmuthigen lassen, vielmehr mit erneuertem Eifer und noch regerer Thätigkeit ihre Grundsätze und Interessen vertreten und in dem Kampfe, dessen Fortdauer der kulturkämpferische „Sieg“ anzeigt, treu und muthig ausdauern.

Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: „Als ein wesentlicher Grund gegen die Wiederwahl des Herrn v. Heereman ist in Abgeordneten-Kreisen wiederholt der Umstand geltend gemacht worden, daß derselbe trotz der an ihn von Allerhöchster Stelle ergangenen Einladung zum föhner Dombaufeste sein Nichterfahren mit Krankheit entschuldigt habe. Dem gegenüber ist ausdrücklich hervorzuheben, daß die dormalige Krankheit des Herrn v. Heereman eine notorische Thatsache ist, ebenso wie derselbe auch im Augenblick noch für die Sitzungen des Abgeordnetenhauses durch Krankheit sich hat entschuldigen lassen.“ Uns scheint, daß weniger auf das persönliche Verhalten des Herrn v. Heereman als auf das seiner Partei Gewicht zu legen ist.

Offiziös wird geschrieben: „Außer der in der Thronrede namhaft gemachten Vorlage, betreffend das Ausführungsgesetz zur Reichs-Seuchenordnung, dürfte Seitens des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten noch eingebracht werden: eine Vorlage, welche die Wiedereröffnung der Rentenbanken zur Ablösung der Reallasten zum Gegenstand hat, sowie ein Gesetzesentwurf gegen die Walthheilung und möglicherweise noch eine Vorlage, welche das Höferecht für Lauenburg regelt.“

Der durch königliche Verordnung zu berufende Volkswirtschaftsrath wird, wie die „Wes. Ztg.“ wissen will, vorläufig auf Preußen beschränkt bleiben. Derselbe soll 75 Mitglieder umfassen. Die dem Arbeiterstande angehörigen Mitglieder sollen theils von den betreffenden Verbänden gewählt, theils auf Vorschlag der Regierungsbehörden berufen werden.

Zur Verathung einer Feld-Eisenbahn-Ordnung ist, der „Magd. Ztg.“ zufolge, zum 10. November eine Kommission nach dem Reichskanzleramt berufen worden.

Die frühere Mittheilung, so schreibt die „Trib.“, wonach eine Revision des amtlichen Waarenverzeichnisses zum neuen Zolltarif zu den Aufgaben des Bundesraths gehören würde, hat nunmehr Bestätigung gefunden. Es ist dem Bundesrath bereits ein vollständiger Nachtrag zu dem amtlichen Waarenverzeichnis von 1879 zugegangen. Bekanntlich war bei Aufstellung des letzteren die Einbringung von Abänderungsanträgen der einzelnen Bundesregierungen bis zum 1. April 1880 vorbehalten worden. Solche Anträge sind nun an Zahl und Umfang so stark eingegangen, daß fast die Aufstellung eines neuen Waarenverzeichnisses nöthig geworden wäre. Es ist indeß praktisch erschienen, die hauptsächlichsten Veränderungen des Waarenverzeichnisses, ebenso wie dies 1873 bereits geschehen, in Form eines Nachtrags zusammenzustellen. Derselbe beschränkt sich auf die wichtigsten Gegenstände, insbesondere auf die Vertheilung einzelner Bestimmungen, die Aufnahme von Waarenartikeln, welche bisher nicht namentlich aufgeführt sind, ihrer Bedeutung nach aber eine besondere Benennung zu beanspruchen haben, und endlich auf dringend erforderlich zu erachtende Abänderungen tariflicher Bestimmungen. In dem Anschreiben des Reichskanzlers ist noch angeführt, daß der Vorsitzende der vorjährigen Kommission für Aufstellung des Waarenverzeichnisses Gelegenheit gehabt hätte, sich über alle in Betracht kommende Fragen zu äußern, nachdem über einzelne Gegenstände technische Gutachten eingeholt worden. Die Abänderung des Artikels „Petroleum“ ist Gegenstand eines besonderen Antrages des Reichskanzlers gewesen, doch haben die bezüglichlichen Vorschläge im Nachtragsaufnahme gefunden. Der Reichskanzler beantragt Zustimmung zu dem Nachtrage. — Das Gesetz, betreffend die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen vom 23. Juni d. J., tritt am 1. April 1881 in Kraft. Nach diesem Gesetze sollen bekanntlich die näheren Vorschriften über die Anwendung und Ausführung der zulässigen Schutzmaßregeln auf die einzelnen Seuchen vom Bundesrath im Wege der Instruktion erlassen werden. Zur rechtzeitigen Feststellung dieser Vorschriften hat der Reichskanzler dem Bundesrath jetzt unterbreitet den Entwurf einer Instruktion zur Ausführung der §§ 19–29 des Viehseuchengesetzes (132 Paragraphen) und 2 Entwürfe zur Anweisung für das Desinfektionsverfahren bei ansteckenden Krankheiten der Hausthiere (18 Paragraphen)

und zur Anweisung für das Obduktionsverfahren bei ansteckenden Krankheiten der Hausthiere (40 Paragraphen). — Ferner ist dem Bundesrath ein Antrag des Reichskanzlers zugegangen, welcher sich auf Erweiterung der bereits 1876 beschlossenen Festsetzungen über die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbeförderungen auf Eisenbahnen bezieht.

Die Nachweisung der zur Anschreibung gelangten Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge) an Zölle und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie anderer Einnahmen im deutschen Reich für die Zeit vom 1. April d. J. bis zum Schlusse des vorigen Monats stellt sich nach amtlicher Angabe wie folgt: Zölle 82,682,612 M. (gegen die Einnahme in demselben Zeitraum des Vorjahres + 7,190,225 M.), Rübenzuckersteuer 13,319,332 M. (— 690,862), Salzsteuer 15,943,128 M. (+ 203,123), Tabaksteuer 354,833 M. (+ 71,562), Branntweinsteuer 11,220,801 M. (— 156,034), Uebergangsabgaben an Branntwein 57,489 M. (+ 9190), Brausteuer 7,837,371 M. (+ 307,486), Uebergangsabgaben an Bier 474,346 M. (+ 26,557), Summe 105,251,248 M. (+ 6,961,247). Spielfartenstempel 408,248 M. (+ 9183), Wechselstempelsteuer 3,181,385 M. (— 1396), Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung 64,943,834 M. (+ 3,109,265), Reichs-Eisenbahn-Verwaltung 19,726,600 M. (+ 660,478). Die zur Reichskasse gelangte Einnahme abzüglich der Bonifikationen und Vertheilungsabgaben beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende vorigen Monats: Zölle 71,168,493 M. (— 4,955,339), Rübenzuckersteuer 55,240,349 M. (+ 3,371,629), Salzsteuer 15,648,945 M. (+ 218,179), Tabaksteuer 297,945 M. (+ 66,157), Branntweinsteuer und Uebergangsabgabe von Branntwein 17,935,463 M. (— 1,845,559), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 7,055,772 M. (+ 282,702), Summe 167,346,967 M. (— 2,862,231), Spielfartenstempel (einschließlich der Nachsteuer) 444,001 M. (— 104,157).

Die Forderung einer Erhöhung der Getreidezölle, welche vor Kurzem von der „Deutschen landwirthschaftlichen Zeitung“ offen ausgesprochen worden ist, hat bereits hier und da in der Presse eine kurze Besprechung erfahren. Aber der Artikel, in welchem das Agrarierblatt den Ruf nach einem Getreidezoll vom 25 Prozent vom Marktwerthe erhebt, ist für die Gesinnungen unserer Agrar-Schutzkölner so bezeichnend, daß wenigstens die markantesten Stellen daraus die weiteste Verbreitung verdienen.

„Se dürrtigit die Ernte ausgefallen ist“, heißt es nämlich darin, „um so mehr ist die Erhöhung der Kornzölle geboten. Es ist nicht mehr als billig, daß diejenigen Leute, die ihr Brot vom Auslande kaufen und dafür unser sauer verdientes Geld in's Ausland schicken, zu erhöhten Zöllen herangezogen werden, damit sie Sparsamkeit erlernen.“ Mit der Noth des armen Mannes haben wir uns hier nicht weiter zu befassen. Wir haben nur die Frage aufzuwerfen: Hat die Noth des armen Mannes, als Mek und Paris belagert waren, denselben vermocht, zu kapituliren? Im Gegentheil, die Noth macht erfindertisch, und wir, die ehemals so stolzen und so reichen Sieger, wir essen heute die Kunstbutter, welche die Pariser erfanden, als sie durch uns belagert. Sie hungerten und leisteten Widerstand, um sich nicht unterwerfen zu müssen; wir wollen hungern und Widerstand leisten, um unsere wirthschaftliche Unabhängigkeit vom Auslande zu bewahren! Daß man so schnell nicht verhungert, hat erst vor Kurzem Dr. Tamer bewiesen, als er volle 40 Tage lang gehungert; und daß man mit sehr Wenigem sich sehr lange einrichten kann, hat Jeber, der in seinem Leben Noth erfahren und wer von uns hätte nicht schon einmal Noth erfahren) an sich selbst erprobt! ... Aus dem Gesagten geht zur Genüge hervor, daß es Pflicht der überwiegenden Majorität der deutschen landwirthschaftlichen Bevölkerung ist, noch in diesem Jahre einer dürrtigiten Ernte, noch in diesem Winter auf eine Erhöhung des Kornzolles bis auf mindestens 25 Prozent des Marktpreises zu dringen und sich in diesem gerechten Verlangen durch kein heuchlerisches Geschrei vorlauter Minoritäten, überhaupt durch Nichts beirren zu lassen.“

Unverhüllter, ja rücksichtsloser, so bemerkt hierzu die „Freih. Korresp.“, ist wohl kaum jemals die Lehre gepredigt worden, daß um jeden Preis den Landwirthten aus ihrer Getreideernte eine gute Einnahme gesichert werden müsse, gleichviel welchen Leiden dadurch die gesammte konsumirende Bevölkerung ausgelegt werde. Der Preis für Roggen, welcher noch immer für den größten Theil des deutschen Volkes die Hauptnahrung bildet, beträgt heute in Deutschland 200–220 M. pro Tonne; ein Werthzoll von 25 pCt. würde sich demnach auf 50–55 M. belaufen und den Brotpreis zu einem Hungerpreis in des Wortes vollster Bedeutung hinaufschneiden müssen. Und das Agrarierblatt entblödet sich nicht, gerade die künstliche Herbeiführung einer solchen Lage, die nichts Geringeres als eine nationale Ralamität bedeuten würde, mittelst Erhöhung der Getreidezölle wesentlich im Interesse der großen Getreideproduzenten zu fordern und mit der Mahnung zu fordern, daß man sich durch nichts beirren lassen dürfe! Dem deutschen Volke hat jene Sorte von Interessentpolitikern, welche heute das Heft in Händen zu haben glauben, in den letzten Jahren bereits mehr bieten können, als einem anderen großen Kulturvolke geboten werden dürfte. Wenn man es aber jetzt wagt, offen Anspruch darauf zu erheben, daß in Nothjahren der Getreidezoll zu einem Monopol der Reichen auf den Hunger der Armen hinaufgeschraubt werde, wenn man zu dieser erbarmungslosen Forderung noch den Hohn fügt, dem deutschen Volke den amerikanischen Hungerdokter als mustergiltiges Beispiel hinzustellen, so wird sich hoffentlich die große Mehrheit der Nation mit Entrüstung von einer wirthschaftspolitischen Lehre abwenden, welche zu solchen Konsequenzen führt.

Im Reichsgesundheitsamt ist man damit beschäftigt, Bedingungen aufzustellen, von welchen die Zulassung des Petroleums in den Handel abhängig gemacht werden soll. Es soll damit vielfachen Unzuträglichkeiten und Gefahren vorgebeugt wer-



den, welche bei dem jetzt im Handel befindlichen, von den Amerikanern eingeführten Petroleum sich herausgestellt haben.

Wie die „N. Z.“ hört, wird in kurzer Zeit eine ausführliche Schrift des Herrn Dr. Gneist über die Komunalbesteuerung erscheinen, welche in Form eines formulierten Gesetzesvorschlages eine Reihe von neuen Ansichten entwickelt und dadurch an dem in den letzten drei Sessionen behandelten Regierungsentwurf eine einschneidende Kritik übt. Man darf sich jedenfalls eine anregende und werthvolle Gabe versprechen.

Der Erlaß der hamburger Regierung über die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes unterscheidet sich von dem preussischen Erlaß nur durch die Bezeichnung des Datums des Inkrafttretens. In Hamburg war bekanntlich die Sozialdemokratie sehr stark vertreten, erst in diesem Jahr gelang es dort den Sozialdemokraten, die Wahl ihres Kandidaten, des Schuhmachermeisters und Gastwirths Hartmann, zum Reichstagsabgeordneten mit großer Majorität durchzusetzen. Nach Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin und Umgegend hatte sich ein nicht unbeträchtlicher Theil der aus Berlin ausgewiesenen Sozialdemokraten nach Hamburg gewandt und fand dort z. Th. Anstellung in der Redaktion der „Gerichtszeitung“, eines, so weit bekannt, ziemlich farblosen Blattes, das jedoch die unterdrückten sozialdemokratischen Zeitungen ersetzen sollte und als Sammelpunkt der Sozialdemokraten in Hamburg und Altona diente. Der aus Berlin ausgewiesene sozialdemokratische Abgeordnete Auer und andere ebenfalls aus Berlin ausgewiesene Agitatoren fungirten bei der „Gerichtszeitung“ als Redakteure und Expediten. Die „Gerichtszeitung“ gewann in kurzer Zeit über 11,000 Abonnenten und soll einen nicht unbedeutenden Gewinn abgeworfen haben. In Ahnung des zu erwartenden kleinen Belagerungszustandes hat bereits, wie man der „N. Z.“ aus Hamburg schreibt, eine am 26. Oktober stattgehabte Generalversammlung der Hamburger Genossenschaftsdruckerei, bei welcher die „Gerichtszeitung“ gedruckt wird, beschlossen, die Druckerei aufzulösen.

Wie erwartet wurde, haben gelegentlich der am 29. begonnenen Ausführung der Märzdekrete an verschiedenen Orten Frankreichs ernste Konflikte zwischen der Bevölkerung und der Polizei, sowie auch zwischen den Ultramontanen und Republikanern stattgefunden. Die Nachrichten aus Avignon, Perpignan, Marseille und Rennes bekunden, daß die Behörden mit rücksichtsloser Energie den von Seiten der geistlichen Genossenschaften geleisteten Widerstand bewältigt haben. In mehreren anderen Departements sind am 30. die Dekrete gegen die Kongregationen der Rekolleten, der Dominikaner, der Pères du sacré coeur und der Mönche vom Lateran zur Ausführung gelangt, ohne daß dabei ein bemerkenswerther Zwischenfall vorkam. Gegen die in Paris befindlichen Kongregationen ist auch an diesem Tage noch keine weitere Maßregel in Vollzug gesetzt worden. Am nächsten Mittwoch sollen die Dekrete weiter ausgeführt werden. In Avignon war die polizeiliche Expedition gegen das Kloster der Rekolleten (Franziskaner der verbesserten Regel) gerichtet und bestand, wie die „National-Ztg.“ mittheilt, aus hundert Gendarmen und Polizisten unter der Führung von drei Polizeikommissarien. Während dieselben mit Äxten die Thüren einhauen ließen, läuteten die Mönche und die mit denselben eingeschlossenen Zivilisten die Sturmglocken und gaben mit Knallbomben Signale, worauf bald Tausende das Kloster umgaben. Da hinter den Thüren die Eingänge vermauert waren, brauchte die Polizei beinahe drei Stunden, um in das Innere des Klosters zu gelangen. Mehrere der verschiedenen Mönche wurden von der Menge bis zum erzbischöflichen Palaste geleitet und von den Frauen mit Blumen und Kränzen bedeckt. Unterwegs fand vor den Bureau der radikalen Journale eine feindselige Demonstration statt, worauf eine Gruppe Republikaner sich den Ultramontanen entgegenwarf, so daß es zum Handgemenge kam. Die Gendarmerie intervenirte demnächst und zerstreute den Aufstand. Unter den wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Beschimpfung der Polizei verhafteten Personen wird die Gräfin Boguë, die Gemahlin des ehemaligen französischen Botschafters in Wien, genannt.

In Perpignan hat die Austreibung der Kapuziner gleichfalls große Aufregung hervorgerufen. In Folge der energischen Maßregeln des Präfekten ist aber kein Konflikt entstanden, trotzdem der Bischof in vollem Ornat im Kloster erschien, um das Sakrament aus der Kapelle des Klosters fortzubringen. In Marseille dagegen wurde der heftigste Widerstand geleistet. Alle Thore des Klosters waren verbarrikadirt oder vermauert. Die gewaltsame Eröffnung erforderte mehrere Stunden. Hinter der dritten Thür fand die Polizei die Kapuzinermönche, sowie etwa siebenhundert Zivilisten, die gewaltsam vertrieben werden mußten. Die Kapuziner wurden beim Austritt auf die Straße mit Blumen überschüttet und respektirt, worauf die Gendarmerie die Menge angriff und die Straße säuberte. Hierauf fanden zahlreiche Verhaftungen statt; darunter diejenige von Notabilitäten, wie der Marquis Coriolis, der Vicomte Lombardon und der Redakteur Dubose, denen Handschellen angelegt wurden. (Nach einem anderweitigen Telegramm soll die Aufregung in Marseille sich allmählig gelegt haben.)

In Rennes zogen die aus dem Kloster der récollets durch starke Polizei- und Truppenabtheilungen ausgetriebenen Mönche durch die Stadt zu dem Advokaten Gonouvier, eskortirt von 10,000 „Gläubigen“. Die Präfektur war militärisch besetzt.

Der Aufruf zum Bürgerkriege, welchen der legitime klerikale „General“ Charette bei dem Bankett in La Roche-sur-Yon im Hinblick auf die Ausführung der Märzdekrete erging, hat also bereits seine Wirkung erzielt. Die Vorgänge lassen die Situation so gespannt erscheinen, daß jeder weitere Zusammenprall mit Blutvergießen enden könnte, wie es denn in der That bereits in Marseille zu einem förmlichen Handgemenge zwischen den Anhängern der Kapuziner und den Republikanern gekommen ist. Ueberdies sind, wie die „Nat.-

Ztg.“ betont, gerade in den am meisten klerikal gesinnten Distrikten, unter anderen in der Vendée, die Märzdekrete bisher nicht zur Ausführung gelangt, während für Paris die Besorgniß nicht ausgeschlossen erscheint, daß die ultraradikalen Elemente daselbst die mit der Auflösung der Kongregation verknüpfte Aufregung zur Improvisirung eines Handstreiches benutzen.

Unter diesen Umständen erscheint die Situation des Kabinetts Jules Ferry als eine wenig behagliche. Immer mehr gewinnt die Ueberzeugung Raum, daß die Regierung einen schweren taktischen Fehler beging, als sie, statt durch eine allgemeine energische Maßregel die gesetzlichen Anordnungen durchzuführen, den Weg der Zauderpolitik betrat und dadurch den Agitationen der Gegner freie Bahn eröffnete. Der Vorgänger des Konseilspräsidenten, de Freycinet, ist in dieser Hinsicht von Schuld nicht freizusprechen, da er durch sein wenig entschiedenes Verhalten anlässlich der vielbesprochenen „DeklARATION“ der geistlichen Genossenschaften den Annäherungen der Klerikalen Vorschub leistete. Nicht minder hat sich die Taktik des gegenwärtigen Kabinetts als eine verfehlte erwiesen, welche darin gipfelte, die Kongregationen der Reihe nach aufzulösen; statt durch das abwartende Verhalten ermüdet zu werden, fanden die Ultramontanen Zeit, sich zu sammeln, und Gelegenheit, die Mißstimmung und Verbitterung in immer weitere Kreise zu tragen. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß die Parteigänger Gambetta's nach der am 9. November bevorstehenden Kammereröffnung die Regierung ausschließlich für die Modalitäten der Ausführung der Märzdekrete verantwortlich machen werden.

Die republikanische Presse von Paris bringt inzwischen mit Entschiedenheit darauf, daß in der Hauptstadt selbst gegen die Kongregationen ohne Verzug eingeschritten werde. Die Mönche verbarrikadiren und verschansen sich daselbst bereits seit Wochen in ihren Klöstern, nachdem sie sich mit reichlichem Proviant versehen haben, um die „Belagerung“ aushalten zu können. Insbesondere versprechen sich auch hier die Klerikalen bei der Vertheidigung der Kapuzinerklöster einen heißen Kampf, zumal die von den Notabilitäten der ultramontanen Partei kommandirten Klerikalen von außen Sulkurs bringen sollen. Die „Rép. Française“ weist deshalb darauf hin, daß, falls etwa eine Sektion der Internationale ihre Auflösung verweigern und „Fortifikationen“ errichten würde, um den Eingang zu ihrem Versammlungsorte zu versperren, derartige „insurrektionelle Anwandlungen“ sicherlich bald unterdrückt werden würden.

Die Anordnungen der englischen Regierung für die bevorstehenden Staatsprozesse in Irland sollen nunmehr vollendet sein. Die Zahl der Angeklagten dürfte nach der „Tribüne“ voraussichtlich die Zahl dreizehn nicht überschreiten. Die bereits veröffentlichten diesbezüglichen Namenslisten sollen durchweg unzuverlässig sein und Namen enthalten, die nicht in den Prozeß verwickelt sein werden. Die Verhandlungen werden selbstverständlich langwierig sein. Die Behauptung, daß unter den Mitgliedern der irischen Regierung Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Verfolgungen herrschten, ist gänzlich unbegründet. Das Organ des Vikarings, die „Irish Times“, ist der Ansicht, daß die Verhaftung des Sekretärs von Mr. Parnell auf die Absicht der Regierung schließen läßt, Angelegenheiten zu verhandeln, die eine direkte Genehmigung erheischen. Es wird sogar behauptet, daß die Unterdrückung der Meetings, welche danach angethan sind, den öffentlichen Frieden zu stören, keineswegs unwahrscheinlich ist.

Neun Sozialdemokraten richten aus London an den „Bürger Felix Pyat“ in Paris eine Zustimmungs-Adresse zu der von diesem unternommenen Preßkampagne zu Gunsten des Königsmords und zur Verherrlichung des Attentäters Beresowski. Das freche Schriftstück ist unter Anderm auch von Most unterzeichnet.

## Gesekentwurf.

Dem Landtage ist folgender Gesekentwurf vorgelegt worden: Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Pfandleihgewerbe.

§ 1. Der Pfandleiher (§§ 34, 38 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 in der durch das Gesetz vom 23. Juli 1879 bestimmten Fassung) darf sich an Zinsen nicht mehr vorbedingen oder zahlen lassen als: a. einen und einen halben Pfennig für jeden Monat und jede Mark von Darlehnsbeträgen bis zu Zwanzig Mark, b. einen Pfennig für jeden Monat und jede den Betrag von Zwanzig Mark übersteigende Mark.

§ 2. Bei der Berechnung der Zinsen kommen folgende Vorschriften zur Anwendung: 1) der Tag der Eingabe des Darlehns wird nicht mitgerechnet; 2) die Monate werden von dem auf den Darlehnsstag (zu 1) folgenden Tage bis zu dem ziffermäßig dem Darlehnsstage entsprechenden Tage des letzten Darlehnsmonats, bei dem Fehlen dieses Tages bis zum letzten Tage des letzten Monats berechnet; 3) jede auch nur angefangene Woche eines nicht vollendeten Monats wird einem Viertel-Monat gleichgeachtet. Die angefangene fünfte Woche bleibt außer Berechnung; 4) läuft der Gesamtbetrag der Zinsen in einen Bruchpfennig aus, so wird dieser auf einen vollen Pfennig abgerundet.

§ 3. Die Fälligkeit des von einem Pfandleiher gegebenen Darlehns tritt nicht vor Ablauf von sechs Monaten seit dessen Eingabe ein. Entgegenstehende Verabredungen sind nichtig.

§ 4. Der Pfandleiher darf bei der Eingabe eines Darlehns von nicht mehr als fünfzig Mark außer den Zinsen eine Einschreibgebühr bis zu Zwanzig Pfennigen sich bedingen oder zahlen lassen. Eine gleiche Gebühr ist zulässig, wenn das Darlehn auf mindestens sechs Monate verlängert wird.

§ 5. Das Ausbedingen oder Annehmen jeder weiteren Vergütung für das Darlehn oder für die Aufbewahrung und Erhaltung des Pfandes, sowie das Vorausnehmen der Zinsen ist verboten. Was von dem Schuldner oder für ihn über das erlaubte Maß geleistet ist, muß von dem Pfandleiher zurückgewährt und vom Tage des Empfanges ab verzinst werden. Das Recht der Rückforderung verliert in fünf Jahren seit dem Tage, an welchem die Leistung erfolgt ist.

§ 6. Der Pfandleiher erwirbt ein Pfandrecht an den ihm übergebenen Gegenständen erst dadurch, daß er das Geschäft in ein über alle solche Geschäfte nach der Zeitfolge derselben zu führendes Pfandbuch einträgt. Die Eintragung muß enthalten: 1) eine laufende Nummer, 2) Ort und Tag des Geschäfts, 3) Vor- und Zunamen des Verpfänders, 4) den Betrag des Darlehns, 5) den Betrag der monatlichen Zinsen, 6) die bedingene Einschreibgebühr, 7) die Bezeichnung des Pfandes, 8) die Zeit der Fälligkeit des Darlehns.

§ 7. Der Pfandleiher ist verpflichtet, dem Verpfänder einen Pfandschein zu geben, welcher eine mündliche Abschrift der auf das Geschäft bezüglichen Eintragung im Pfandbuch enthält und mit der Namensunterschrift des Pfandleihers versehen ist. Weicht der Inhalt des Pfandscheines vom Inhalt des Pfandbuches ab, so muß der Pfandleiher den ersteren gegen sich gelten lassen. Der Verpfänder bedarf zur Ausübung seiner Rechte des Pfandscheines nicht.

§ 8. Der Verpfänder ist berechtigt, das Pfand durch Zahlung des Darlehnskapitals und der Zinsen, sowie der etwa noch zu zahlenden Einschreibgebühr jeder Zeit einzulösen. Die Zinsen sind nur bis zur Einlösung zu berechnen. Entgegenstehende Verabredungen sind nichtig.

§ 9. Der Pfandleiher ist berechtigt, das Pfand zum Zwecke der Befriedigung wegen seiner Forderung an Kapital, Zinsen und Einschreibgebühr nach eingetretener Fälligkeit des Darlehns zu verkaufen. Die Erlangung eines vollstreckbaren Schuldtitels oder die gerichtliche Ermächtigung zum Verkauf ist nicht erforderlich.

§ 10. Der Verkauf ist in öffentlicher Versteigerung durch einen Gerichtsvollzieher auszuführen. Gold- und Silbergegenstände dürfen nicht unter ihrem durch Abschätzung festzustellenden Gold- oder Silberwerthe Vertheilung, welche einen Börsen- oder Marktpreis haben, nicht unter dem Tageskurse verkauft werden. Der Pfandleiher kann selbst bieten und erheben.

§ 11. Die Versteigerung muß in der Gemeinde, in welcher das Pfandleihgewerbe zur Zeit des Geschäftsabchlusses betrieben worden ist, erfolgen. Sie darf nicht früher als vier Wochen nach eingetretener Fälligkeit des Darlehns ausgeführt werden.

§ 12. Ort und Zeit der Versteigerung sind in einem von der Ortspolizeibehörde für solche Bekanntmachungen zu bestimmenden Blatt bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist zugleich der Name des Pfandleihers und die laufende Nummer des Pfandbuchs anzugeben. Für mehrere Pfänder genügt eine zusammenfassende Angabe der Nummern. Die Bekanntmachung muß wenigstens zwei Wochen und höchstens vier Wochen vor dem Tage der Versteigerung und darf frühestens am Tage nach der eingetretenen Fälligkeit des Darlehns erfolgen.

§ 13. Der Pfandleiher hat unverzüglich nach erfolgtem Verkauf des Pfandes den für den Verpfänder nach Abzug der Pfandschuld und der Kosten des Pfandverkaufs etwa verbleibenden Ueberschuß des Erlöses an den Verpfänder zu zahlen oder für denselben bei der Unterlegungsstelle des Bezirks (Gesetz vom 14. März 1879, Gesefammlung Seite 49) zu hinterlegen. Auf diese Hinterlegung ist in der Bekanntmachung der Versteigerung hinzuweisen. Ist dies unterblieben, so hat der Pfandleiher die erfolgte Hinterlegung in dem nach § 12 bestimmten Blatte auf seine Kosten bekannt zu machen.

§ 14. Sind bei dem Verkauf des Pfandes die Vorschriften der §§ 9–12 nicht befolgt worden, so verliert der Pfandleiher den Anspruch auf Zinsen. Er hat außerdem die Kosten des Verkaufs selbst zu tragen und dem Verpfänder den durch den Verkauf verursachten Schaden zu ersetzen, insbesondere denjenigen Betrag zu zahlen, um welchen der Verkaufspreis des Pfandes hinter dessen Werth zurückgeblieben ist. Entgegenstehende Verabredungen sind nichtig. Der Anspruch des Verpfänders verjährt in drei Jahren. Der Lauf der Verjährung beginnt vier Wochen nach eingetretener Fälligkeit des Darlehns, oder, wenn der Verkauf des Pfandes später stattgefunden hat, mit dem Tage des Verkaufs.

§ 15. Der Inhaber des Pfandscheines ist dritten Personen, insbesondere dem Pfandleiher gegenüber, zur Ausübung der Rechte des Verpfänders berechtigt, ohne die Uebertragung dieser Rechte nachweisen zu müssen. Dem Verpfänder steht nur die dem Inhaber gewährte Befriedigung entgegen. Die Uebertragung der Rechte des Verpfänders erfolgt nach Maßgabe des in den einzelnen Landesstellen geltenden Rechtes.

§ 16. Alle bisherigen, den Gegenstand dieses Gesetzes betreffenden gesetzlichen Vorschriften, insbesondere das Pfand- und Leihreglement vom 13. März 1787, die Deklaration desselben vom 4. April 1803 und die hannoversche Verordnung vom 15. Oktober 1847 werden aufgehoben.

§ 17. Auf Pfandverträge, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossen sind, finden die Bestimmungen desselben nicht Anwendung.

§ 18. Die Bestimmungen über den Betrieb des Pfandleihgewerbes seitens staatlicher Anstalten werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§ 19. Die Kabinettsordre vom 28. Juni 1826, betreffend die Grundzüge für die städtischen öffentlichen Leihanstalten, wird durch folgende Bestimmungen abgeändert: 1) die Artikel 1, 2 und 4 werden dahin erweitert, daß statt des Stadtmagistrats, wo ein solcher nicht vorhanden ist, der Gemeindevorstand eintritt; 2) an Stelle der Art. 3, 5 bis 13 sind die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes maßgebend; 3) die Artikel 14 und 15 sind aufgehoben.

§ 20. Mit den durch § 19 bestimmten Abänderungen finden die Vorschriften der Kabinettsordre vom 28. Juni 1826 auf die von den Gemeinden betriebenen Pfandleihanstalten fortan in allen Landesstellen Anwendung. Die §§ 1–18 des gegenwärtigen Gesetzes gelten auch für die, von weiteren kommunalen Verbänden errichteten oder denselben angehörigen Pfandleihanstalten.

§ 21. Auf die bereits bestehenden Pfandleihanstalten der Gemeinden oder weiteren Kommunalverbände finden die Vorschriften der §§ 1–17 vorläufig nicht Anwendung. Der Minister des Innern wird jedoch ermächtigt, die Anwendung der §§ 1–17 auf die bezüglichen Anstalten anzuordnen und die bestehenden Ordnungen, Reglements und Statuten derselben zu ändern.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 31. Oktober. [Zur Präsidentenwahl. Die Sezession und der Abg. Sammaher. Landtagsvorlagen.] Der „Reichsbote“, gegen den noch vor wenigen Tagen, als gegen das Organ der feudal-hierarchischen äußersten Rechten, offiziös polemisiert wurde, vertheidigt die Ausschließung des Herrn v. Seereman aus dem Präsidium: das Zentrum selbst sei daran schuld vermöge seines Verhaltens zu dem kölnner Feste! Besser kann die Berechtigung der Ansicht, daß die Präsidentenwahl nicht als vorbildlich für den Verlauf der Session zu betrachten sei, nicht bestritten werden: selbst der „Reichsbote“ will nicht das Odium des Anscheins auf sich nehmen, als ob er für die „würdige Zurückhaltung“ eintrete — und dieser Art war auch der Beweggrund derjenigen Konservativen, welche für Herrn Stengel stimmten, so wie eines Theils der Liberalen; nur ein Theil von diesen — die ewig sangunkelischen — und die Freikonservativen maßen der Affaire große politische Bedeutung bei, oder erwarteten doch erhebliche politische Folgen davon. Für durchaus unmöglich wird man solche ja auch nicht erklären können: schon manchmal haben Thatsachen anders gewirkt, als die Ursachen, aus denen sie hervorgingen, hatten annehmen lassen. Aber wahrscheinlich ist, daß die Parteien-Kombination vom Freitag — eine Majorität, welche von Gänel bis Limburg-Stürm reicht, und eine aus dem Zentrum und zwei Dritteln der Konservativen bestehende Minorität — sich bei keiner wichtigen Abstimmung der Session wiederholen wird. — Der Abg. Dr. Sammaher hat seinen Austritt aus der national-liberalen Fraktion erklärt und sich der sezessionistischen „Libe-



„Vereinerung“ angeschlossen; es wird eine Er-  
klärung an seine Wähler in Aussicht gestellt, welche diesen Schritt  
rechtfertigen soll. Man muß sehr gespannt darauf sein. Herr  
Hammacher hat im Reichstage für die Getreidezölle  
bestimmt; Herr Richter aber hat erst vor Kurzem — und zwar  
mit vollem Rechte — das Eintreten Bennigsen's und seiner  
näheren Freunde für diese Zölle als den Keim der Sezession be-  
zeichnet; und die Programm-Erklärung der Linken vom 31.  
August enthält die „Abweisung solcher indirekten Abgaben und  
Zölle, welche die Steuerlast vorwiegend zum Nachtheil der ärmeren  
Klassen verschieben.“ Danach wird entweder Herr Hammacher  
in der in Aussicht gestellten Rundgebung sich offen von den Ge-  
seßlosen losagen müssen — oder die Sezessionisten könnten  
ihn in ihre Reihen nur auf die Gefahr hin aufnehmen, die  
Erziehungsberechtigung der von ihnen gebildeten, besondern politi-  
schen Gruppe ernstlich in Frage zu stellen. Sie werden sich  
hoffentlich das Beispiel der nationalliberalen Partei als Warnung  
vorzulegen lassen; ein Hauptgrund des Rückganges dieser einst so  
mächtigen Partei war, daß sie keine Kontrolle darüber übte, ob  
die Personen, welche sich ihr — zum Theil nur aus Rücksicht  
auf eine augenblickliche politische Konjunktur — angeschlossen, auch  
wirklich der Gefinnung nach zu ihr gehörten. Es wäre verhäng-  
nisvoll, wenn die Sezessionisten gleich in derselben Weise begin-  
nen wollten — was sie aber hoffentlich nicht thun werden. —  
Mit Ausnahme der drei Kreisordnungs-Entwürfe sind die Vor-  
lagen des Ministers des Innern zur Verwaltungsreform ohne  
erhebliche Bedeutung. Sowohl das Kompetenzgesetz als  
die Novellen zur Kreis- und Provinzial-  
ordnung sind Wiederholungen der vorjährigen, unerledigt  
gebliebenen Entwürfe; sie bezwecken eine Anzahl, aus politischen  
Gründen angemessen erscheinender Korrekturen, resp. die Zusammen-  
stellung verstreuter gesetzlicher Bestimmungen. Eine sorgfältige  
kommissarische Prüfung wird gleichwohl nothwendig sein.

Der „Staats-Anzeiger“ schreibt: Nach den bis-  
herigen Ermittlungen über die Ursachen der am 21. d. M. statt-  
gehabten, von so traurigen Folgen gewesenem Entgleisung  
des Köln-Mindener Personenzuges Nr. 11 —  
nicht Schnellzuges, wie einige Blätter unrichtig angegeben haben  
— bei Courl ist thatsächlich festgestellt, daß der Zug von  
Dortmund aus durch eine dreifach gekuppelte Lokomotive, deren  
Achsen sämtlich vor der Feuerbuche liegen, befördert worden ist,  
und daß auf einer Strecke von ca. 360 m Länge vor der Ent-  
gleisungsstelle Zerstörungen einzelner Konstruktionstheile des Bahn-  
gestänges und wellenförmige Spurerweiterungen desselben einge-  
treten sind, während vor und hinter dieser Strecke das Geleise  
sich in vollkommen normalem Zustande befunden hat. Aus die-  
sen Thatsachen läßt sich mit Sicherheit darauf schließen, daß die  
Fahrgeschwindigkeit des Zuges größer gewesen, als für die vor-  
bezeichnete Gattung der Lokomotiven polizeilich gestattet, und daß  
in Folge dessen die Lokomotive in erhebliche pendelnde Seiten-  
schwankungen gerathen ist, welche durch ihre heftigen  
Stoßwirkungen auf das Geleise die wellenförmigen Spur-  
erweiterungen und schließlich die Entgleisung des Zuges her-  
beigeführt haben. Ob andere als die auf der betreffenden  
Strecke vorhandene eiserne Oberbaukonstruktion den außer-  
ordentlichen Seitenschlägen der Lokomotive etwa wirksameren  
Widerstand geleistet haben würde, unterliegt der sorgfältigsten  
technischen Erwägung. Zur Ueberschreitung der für die betref-  
fende Lokomotivgattung zulässigen Fahrgeschwindigkeit mag dem  
Lokomotivführer, welcher leider bei der Katastrophe sein Leben  
eingebüßt hat, vielleicht die Absicht mit Veranlassung gegeben  
haben, die bei der Abfahrt des Zuges von Dortmund ca. 23  
Minuten betragende Verspätung auf der von dort bis zu der  
67 Km. entfernten Unfallstelle in einem ununterbrochenen, wenn  
auch mäßigen Gefälle liegenden Bahnstrecke theilweis wieder ein-  
zuholen. Im Uebrigen wird das Ergebnis der eingeleiteten, auch  
auf alle Umstände des Unfalles gerichteten Untersuchung abzuwar-  
ten bleiben. Wenn durch die in letzter Zeit mehrfach vorgekom-  
menen Eisenbahnunfälle mit zum Theil höchst beklagenswerthen  
Folgen im Publikum eine erklärliche Beunruhigung hervorgerufen  
worden ist, so kann wenigstens konstatiert werden, daß keiner die-  
ser Unfälle durch einen Mangel in den für die Handhabung des  
Betriebes gegebenen Vorschriften oder in der Unterhaltung der  
Bahn und der Betriebsmittel herbeigeführt ist, vielmehr die Ent-  
stehungsursachen derselben sich in fast allen Fällen auf die Nicht-  
beachtung gegebener positiver und unzweideutiger Vorschriften zu-  
rückführen lassen. Die Zentral-Instanz der Eisenbahnverwaltung  
glaubt jedoch sich hierbei nicht beruhigen zu können, hat viel-  
mehr eine ungesäumte eingehende Erörterung und Prüfung der  
Frage in einer Kommission von Sachverständigen angeordnet, ob  
die bestehenden Vorschriften, Instruktionen und Einrichtungen  
etwa doch noch Lücken aufweisen, deren Ausfüllung wünschens-  
werth erscheint, oder ob jene Vorschriften Bestimmungen enthal-  
ten, welche einer Aenderung bedürfen, weil deren strikte Befol-  
gung bei der Natur des Eisenbahnbetriebes in gewissen Fällen zu  
schwierig durchführbar ist. Es versteht sich von selbst, daß nichts  
verabfolgt werden wird, was nach dem Ergebnis dieser Prüfung  
zur Erhöhung der Sicherheit des Betriebes irgendwie beizutragen  
geeignet erscheint, soweit menschliche Einsicht und gute Disziplin  
reichen.

Das Postamt auf dem Ausstellungspalaste  
in Düsseldorf hat während der Dauer seines halbjährigen  
Bestehens im Ganzen die bedeutende Zahl von 217,014 Post-  
sendungen und 10,750 Telegramme zu behandeln gehabt.  
Ausgeliefert wurden: 148,309 Postgegenstände, darunter  
143,332 Briefsendungen, 2729 Paket- und Werthsendungen und  
2248 Postanweisungen über rund 250,000 Mark, außerdem  
8340 Telegramme; angekommen sind: 68,705 Postgegen-  
stände, darunter 55,598 Briefsendungen, 4516 Paket- und  
Werthsendungen, 8532 Postanweisungen über 220,000 Mark  
und — 59 Postaufträge zur Einziehung von rund 6000 Mark;  
an Telegrammen: 2410 Stück. Der stärkste Brief- und Tele-  
gramm-Verkehr fiel in den Monat September mit durchschnittlich  
täglich 1723 Briefsendungen und 73 Telegrammen.

## Locales und Provinzielles.

Posen, 1. November.

r. Ein Veteran aus dem Heere Napoleons I. Am 29. v. M.  
wurde ein Veteran des ehemaligen polnischen Heeres, Namens Rafimir  
Woznicki, welcher im Alter von 90 Jahren gestorben war, in  
Pleschen beerdigt. Derselbe trat 1811 in das 3. polnische Infan-  
terie-Regiment (Madowianski) ein, diente unter den Generalen von  
Dombrowski und von Potocki, machte die Kriege von 1812—15 mit  
und trat 1820 aus dem Heere aus. Nachdem er vor einigen Jahren  
erblindet war, wurde er, als vollkommen hilflos und von keiner anderen  
Seite unterstützt, in das katholische Hospital zu Pleschen aufgenommen,  
wo er bis zu seinem Tode gelebt hat.

## Pernisches.

\* Eisenach, 29. Okt. Emil Pallese, in den weitesten Krei-  
sen als Shakespeare-Vorleser und Biograph Schillers bekannt und hoch-  
verehrt, ist nach mehrwöchentlichem schwerem Krankenlager gestern  
(28. Oktober) in seiner Villa zu Thal (in der Nähe von Eisenach)  
entschlafen. Sein erst vor Kurzem erschienen Buch über „Die  
Kunst des Vortrags“ hat, als einziges in seiner Art, zahlreichen Gebil-  
deten Belehrung und Anregung gebracht und darf als literarisches Ver-  
dienst des in rüstigem Mannesalter dahingerahten, lebenswürdigsten  
Vertreters seiner Kunst betrachtet werden. Pallese ist als Sohn un-  
bemittelter Eltern am 5. Januar 1823 in Tempelburg (Pommern) ge-  
boren. (Bresl. Ztg.)

## Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 30. Oktober. Ihre Majestät die Kaiserin  
ist heute Nachmittag 1 1/2 Uhr nach Koblenz abgereist, die Groß-  
herzoglich Badischen Herrschaften gaben Ihrer Majestät bis Karls-  
ruhe das Geleite.

Ludwigslust, 31. Oktober. Se. Majestät der Kaiser  
wohnte heute Vormittag dem Gottesdienste im goldenen Saale  
des Schlosses bei. Nach dem Dejeuner trat Se. Majestät die  
Rückreise nach Berlin an.

Stuttgart, 29. Oktober. Der „Schwäbische Merkur“  
meldet von starken Ueberschwemmungen, die in fast allen Landes-  
theilen stattgefunden haben. Der Neckar ist bei Rottweil, Sulz,  
Rottenburg, Rannstadt, Heilbronn, die Donau ist bei Tuttlingen  
und Ulm ausgebreitet; ebenso haben in Oberschwaben und im  
Schwäbisch Ueberschwemmungen stattgefunden. Gegenwärtig ist  
das Wasser wieder im Abnehmen.

Pest, 30. Oktober. Der Heeresauschuß der ungarischen  
Delegation hat das ordentliche Heereserforderniß titelweise be-  
willigt, nur der Posten für Verittenmachung der Hauptleute  
wurde gestrichen. Die Verathung der Titel betreffend die Ver-  
besserung der Mannschaftssubstanz wurde bis zur Berichterstat-  
tung seitens des Submittes aufgeschoben. Von dem außeror-  
dentlichen Heereserforderniß wurden die ersten 4 Titel mit unbe-  
deutenden Abstrichen votirt, die Verathung der Post betreffend  
die Beschaffung von Küstengeschützen für Pola wurde einstweilen  
ausgesetzt.

Pest, 30. Oktober. Die „Pester Korrespondenz“ erklärt  
die Nachricht, daß die ungarische Regierung die ungarische West-  
bahn zu sequestriren beabsichtige, für unbegründet.

Paris, 31. Okt. Der internationale Postkongress hat in  
seiner gestrigen Sitzung den endgiltigen Text einer Konvention  
betreffend die Beförderung von Postpaketen ohne Werthangabe  
angenommen. Die Unterzeichnung dieser Konvention soll am  
nächsten Mittwoch erfolgen.

Konstantinopel, 30. Oktober. Wegen größlicher Insul-  
tation des französischen Bizekonsulats in Barna hat der hiesige  
französische Botschafter, Tissot, den Aviso-Dampfer „Betre“ be-  
auftragt, sofort nach Barna abjudampfen.

Konstantinopel, 31. Oktober. Der deutsche Botschafter,  
Graf Hatzfeld, folgte gestern mit dem Personal der deutschen  
Botschaft einer Einladung des Sultans zum Diner. — Den  
Kardinalen Nina und Simeoni ist vom Sultan das Großkreuz  
des Osmanischen Ordens, dem Nuntius Bannutelli das Großkreuz des  
Medjidieordens verliehen worden. — Das Journal „Terdjum-  
an Sakikat“ wurde wegen eines gegen den englischen Botschafter  
Göschken gerichteten satyrischen Artikels auf unbestimmte Zeit  
suspendirt, der „Bakit“ erhielt eine Verwarnung.

Petersburg, 30. Oktober. Der Minister des Innern,  
Loris-Melikoff, ist heute früh wieder hier eingetroffen.

Sophia, 30. Okt. Fürst Alexander ist hier wieder einge-  
troffen; die Mitglieder des Bureaus der Nationalversammlung  
gingen dem Fürsten zur Begrüßung entgegen, während die Mi-  
nister und die Deputirten denselben im Palaste empfangen.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. —  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate  
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Berlin, 31. Okt. (Privatverkehr.) Anfangs recht fest, schließlich  
durch Contremine und Geschäftslage gedrückt. Kreditaktien 486,40  
a 488,00 a 485,50 a 486,00. Franzosen 477,50 a 478,00 a 476,00.  
Lombarden 139,50 a 137,50. 1860er Loose 120,75 a 121,25.  
Börsen-Silberrente 62,75, do. Papierrente 61,75, do. Goldrente  
74,90. Ungar. Goldrente 92,60 a 92,75 a 92,50. Italiener 86,50 a  
86,60 a 86,50. Türken 10,50. 1877er Russen 91,40 a 91,25. 1880er  
Russen 69,90 a 69,75. Russische Noten per ultimo 204,00. II. Orient-  
anleihe 57,40 a 57,25. III. Orientanleihe 56,75 a 56,60. 6proz. rumä-  
nische Rente 89,90. Bergisch-Märkische 117,75 a 116,90 a 117,10.  
Oberbayerische 205,25 a 204,40 a 204,60. Rechte Oberufer 153,00 a  
152,25. Galizier 117,90 a 117,50. Diskonto-Kommandit 176,00 a  
176,50 a 175,75 a 176,00. Darmstädter Bank 151,00 a 151,75 a 150,75  
a 151,00. Deutsche Bank 146,00. Löhnhütte 116,50 a 116,90 a  
115,75 a 116,00. Dortmunder St.-Prior. 81,50 a 81,75 a 80,25.  
Pr. Bodentredit 92,50. Nachbörse Kreditaktien 485,50.

Frankfurt a. M., 30. Oktober. (Schluß-Course.) Fest.  
Lond. Wechsel 20,36. Pariser do. 80,40. Wiener do. 172,45. R.-M.  
St.-A. 146 1/2. Rheinische do. 158 1/2. Gess. Ludwigsh. 97 1/2. R.-M.-Pr.-Anth.  
130. Reichsanl. 100. Reichsbank 145 1/2. Darmst. 149 1/2. Meiningen  
B. 94 1/2. Ost.-ung. W. 701,50. Kreditaktien 241. Silberrente 62 1/2.  
Papierrente 61 1/2. Goldrente 75. Ung. Goldrente 92 1/2. 1860er Loose  
121. 1864er Loose 310,00. Ung. Staatsl. 212,70. do. Ost.-öbl. II.  
84 1/2. Böhm. Westbahn 209 1/2. Elzabethb. 164 1/2. Nordwestb. 151 1/2.  
Galizier 234 1/2. Franzosen 237 1/2. Lombarden 69. Italiener  
— 1877er Russen 91 1/2. II. Orientanl. 57 1/2. Zentr.-Pacific 110 1/2.

Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —. Neue 4proz. Russen —.  
4proz. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer  
Eisenwerke 69 1/2.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 241 1/2. Franzosen 237 1/2.  
Galizier 235. ungar. Goldrente —. II. Orientanleihe —. 1860er  
Loose —. III. Orientanleihe —. Lombarden —. Schweizer Zentr.-  
bahn —. Mainz-Ludwigshafen —. 1877er Russen —. Böhm. Westb. —.  
\*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 31. Oktober. Effekten-Sozietät. Kreditaktien  
241 1/2. Franzosen 237 1/2. Lombarden —. 1860er Loose 122 1/2. Galizier  
234 1/2. österr. Goldrente 75. ungarische Goldrente 92 1/2. II. Orientan-  
leihe 57 1/2. österr. Silberrente 62 1/2. Papierrente —. III. Orientanl. —.  
1877er Russen —. Meiningen Bank —. Abgeschwächt.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 241. Franzosen 237 1/2.  
Wien, 30. Oktober. (Schluß-Course.) Der Geldmarkt unge-  
achtet sehr fest. Spekulationspapiere wurden durch Meinungskäufe ge-  
steigert. Kreditaktien und Anglo-Austria lebhaft, Renten höher.

Papierrente 71,87 1/2. Silberrente 72,90. Dester. Goldrente 86,90.  
Ungarische Goldrente 107,57 1/2. 1854er Loose 122,50. 1860er Loose  
129,75. 1864er Loose 172,00. Kreditloose 177,00. Ungar. Prämienl.  
108,50. Kreditaktien 280,30. Franzosen 275,00. Lombarden 80,50.  
Galizier 271,00. Rask.-Oderb. 127,00. Pardubitzer 137,50. Nordwest-  
bahn 175,50. Elzabethbahn 190,00. Nordbahn 240,00. Desterreich-  
ungar. Bank —. Türk. Loose —. Unionbank 110,90. Anglo-  
Aust. 118,00. Wiener Bankverein 137,80. Ungar. Kredit 248,00.  
Deutsche Plätze 57,15. Londoner Wechsel 117,15. Pariser do. 46,10.  
Amsterdamer do. 96,60. Napoleons 9,34 1/2. Dufaten 5,62. Silber  
100,00. Marknoten 57,85. Russische Banknoten 1,17 1/2. Remberg-  
Gernowits 162,50. Kronpr.-Rubel 163,50. Franz-Josef 163,20.

4proz. ungar. Bodentredit-Pfandbriefe 92,00.

Paris, 30. Oktober. (Schluß-Course.) Träge.  
3proz. amortisirt. Rente 87,95. 3proz. Rente 85,97 1/2. Anleihe de  
1872 120,57 1/2. Italienische 5proz. Rente 87,75. Dester. Gold-  
rente 74 1/2. Ungar. Goldrente 94. Russen de 1877 94 1/2. Franzosen  
597,50. Lombardische Eisenbahn-Aktien 185,00. Lomb. Prioritäten  
269,00. Türken de 1865 10,35. 6proz. rumänische Rente —.

Credit mobilier 652,00. Spanier ext. 20 1/2. do. inter. 19 1/2. Suez-  
kanal-Aktien —. Banque ottomane 521,00. Societe gen. 588,00. Credit  
foncier 1370,00. Canptier 336,00. Banque de Paris 1150,00. Banque  
d'escompte 835,00. Banque hypothecaire 626,00. II. Orientanleihe 58 1/2.  
Türk. Loose 31,50. Londoner Wechsel 25,29. Rumän. Anleihe —.

London, 30. Oktober. Consols 99 1/2. Italienische 5proz. Rente 86 1/2.  
Lombarden 7 1/2. 3proz. Lombarden alte 10 1/2. 3proz. do. neue 10 1/2.  
5proz. Russen de 1871 87 1/2. 5proz. Russen de 1872 87. 5proz. Russen  
de 1873 89 1/2. 5proz. Türken de 1865 10 1/2. 5proz. fundirt. Amerikaner  
104 1/2. Dester. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungarische  
Goldrente 93. Dester. Goldrente 74. Spanier 20 1/2. Canptier 66 1/2.

Florenz, 30. Oktbr. 5 pSt. Italienische Rente 94,60. Gold 21,85.

Newyork, 30. Oktbr. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold  
4 D. 81 1/2. C. Wechsel auf Paris 5,25. 5pSt. fund. Anleihe 103  
4pSt. fundirt. Anleihe von 1877 109 1/2. Erie-Bahn 44 1/2. Central-Pacific  
113 1/2. Newyork Centralbahn 136 1/2. Chicago-Eisenbahn 139 1/2.

## Produkten-Course.

Köln, 30. Oktober. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 22 50  
fremder loco 23,50. pr. November 21,85. pr. März 22,55. Roggen  
loco 22,00. pr. November 21,15. pr. März 21,60. Hafer loco 14,50.  
Rübsl loco 29,60. pr. Oktober 29,50. pr. Mai 29,70.

Hamburg, 30. Oktober. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert,  
auf Termine fest. Roggen loco unverändert, auf Termine fest. Weizen ver-  
Oktbr. 208 Br., 207 Gd., per April-Mai 212 Br., 210 Gd. Roggen  
per Oktober 202 Br., 201 Gd., per April-Mai 190 Br., 189 Gd.  
Hafer u. Gerste unverändert. Rübsl-Malt, loco 56, per Mai 58.  
Spiritus fest, per Oktober — Br., per November-Dezember 50 1/2  
Br., per Dezember-Januar 50 1/2 Br., pr. April-Mai 50 Br. Kaffee  
stetig, Umias 2000 C. Petroleum unverändert, Standard white loco 10,80  
Br., 10,60 Gd., per Oktober 10,60 Gd., per November-Dezember  
10,70 Gd. — Wetter: Schön.

Bremen, 30. Oktbr. Petroleum. (Schlußbericht.) fest.  
Standard white loco 10,50 a 10,55 bez. per November 10,50 a 10,55 bz.,  
Dezember 10,75 bez.

Paris, 30. Oktober. Produktmarkt. (Schlußbericht.) Weizen  
fest, pr. Oktober 28,00. pr. Novbr. 27,80. pr. November-Februar  
27,60. Januar-April 27,30. Roggen fest, per Oktober 23,25. per Januar-  
April 22,80. Wehl fest, pr. Oktober 59,60. pr. November 58,60. pr.  
November-Februar 57,80. pr. Januar-April 57,30. Rübsl fest, per  
Oktober 73,25. per November 73,50. per November-Dezember 74,00.  
pr. Januar-April 75,50. Spiritus fest, per Oktober 63,00. pr. No-  
vember 62,75. per Dezember 62,75. per Januar-April 60,75. —  
Wetter: Schön.

Newyork, 30. Oktober. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork  
11 1/2. do. in New-Oreans 10 1/2. Petroleum in Newyork 12 nom., do. in  
Philadelphia 12 nom., rohes Petroleum 7. do. Pipe line Certificats  
— D. 94 C. Wehl 4 D. 50 C. Rother Winterweizen 1 D 17 C. Mais (old  
mixed) 56 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7 1/2. Kaffee (Rio-  
14. Schmalz (Marke Wilcox) 8 1/2. do. Fairbanks 8 1/2. do. Roh-  
& Brothens 9. Ezed (short clear) 8 C. Weizen 62 1/2.

Newyork, 29. Oktober. (Baumwollen-Wochenbericht.) Zufuhr  
in allen Unionshäfen 249,000 Ballen. Ausfuhr nach Großbritannien  
83,000 B. Ausfuhr nach dem Kontinent 48,000 B. Vorrath 644,000  
Ballen.

Heute Abend frische Kesselfurst bei  
R. Ehrlich, Bronkerstraße.



Ernährigter  
Eintrittspreis.

Victoria-Theater.

Posen.

Cagliostro-Theater.

Dir. V. Schenk,  
größter Zauberer und Geister-  
citeur der Jetztzeit.

Heute Montag, den 1. November:

Große Gala-Vorstellung,  
verbunden mit großer

Gratis-Präsentation-Vertheilung  
werthvoller Gegenstände.

Magie, Physik, Optik.

Die Reise um die Erde.

Geister- und Gespenster-Erscheinungen.

Der Sturz in den Höllenwagen.

Rassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Billets sind am Tage bei Herrn Dardfeld, Neustadt 6, zu haben.  
Preise: 1. Platz Speis- und Loge mit 3 Loosen 75 Pfg.,  
Mittel-Loge mit 2 Loosen 50 Pfg., Stehplatz (Mittelloge) mit 1 Loos  
30 Pfg., Gallerie mit 1 Loos 20 Pfg. Schülerbillets mit 2 Loosen  
50 Pfg.



